Einbürgerung: Ein + für Sie!

ABSCHLUSSBERICHT „Integration durch Einbürgerung“

Multikulturelles
Forum e.V.

Meine Familie lebt im Ausland, ich sehe unsere Zukunft jedoch in Deutschland. Mit der deutschen Staatsbürgerschaft wird es einfacher für mich, sie zu mir zu holen.

Ich bin in Deutschland zu Hause. Nach der Einbürgerung kann ich endlich auch wählen, mich politisch engagieren und unsere Zukunft aktiv mitgestalten!

Fotos Titel + S. 2: www.isabellathiel.de

Ich möchte keine Grenzen bei meiner Berufswahl! Als deutscher Staatsbürger stehen mir die Türen offen.

EU-weit oder darüber hinaus mobil sein, ob für eine spontane Reise, einen Besuch bei Freunden und Verwandten, ein Auslandsstudium oder einen Job – mit dem deutschen Pass kein Problem!

- *Vorwort* von Kenan Küçük: Hier lebe ich, hier entscheide ich mit! S. 4
- *Projektpartner* S. 6
- *Projektkonzept:* Projektziele S. 8
- *Projektkonzept:* Zielgruppe S. 9
- *Projektkonzept:* Zahlen und Fakten S. 10
- *Projektkonzept:* Adressaten S. 11
- *Projektinhalte:* Beratung S. 12
- *Projektinhalte:* Information S. 13
- *Projektinhalte:* Vernetzung S. 14
- *Projektinhalte:* Öffentlichkeitsarbeit S. 15
- *Projektinhalte:* Unterstützung der kommunalen Einbürgerungsaktivitäten S. 16
- *Ergebnisse und Evaluation* S. 18
- *Umfrage* zur Einbürgerungsmotivation der Zielgruppe S. 20
- *Handlungsschritte und Resümee* S. 22
- *Pressestimmen / Impressum* S. 23

HIER LEBE ICH, HIER ENTSCHEIDE ICH MIT!

Für mich kam nichts anderes in Frage: Dort, wo ich mein Leben verbringe, möchte ich auch mitmischen, gestalten, aktiv sein. Mich nicht als Gast fühlen und zuschauen, sondern ein Teil des Ganzen sein. Aus diesem Grund habe ich vor Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Doch längst nicht alle MigrantInnen in Deutschland, die es könnten, gehen diesen Weg. Von über fünf Millionen Personen mit ausländischem Pass, die im Jahr 2011 die zeitliche Voraussetzung für eine Einbürgerung erfüllten, weil sie länger als acht Jahre in Deutschland lebten, entschieden sich im selben Jahr laut Statistischem Bundesamt nur gut 100.000 für diesen Schritt. Auch im europäischen Vergleich steht unser Land nicht gut da: Eurostat zufolge lag die Einbürgerungsquote in Deutschland im Jahr 2010 deutlich unter dem EU-Durchschnitt; im Ranking der EU-27 lag Deutschland lediglich auf Platz 18.

+ *Doch warum entscheiden sich nur so wenige MigrantInnen in Deutschland für eine Einbürgerung?*

Selbst wenn alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sind, ist und bleibt die Entscheidung, welcher Staatsbürgerschaft man angehören möchte, eine sehr private und persönliche. Hier spielen die eigenen Lebensumstände eine wichtige Rolle, aber auch Emotionen, die mit der jeweiligen Staatsbürgerschaft in Verbindung gebracht werden. Auch ganz banale Hemmschwellen, wie der bürokratische Aufwand oder die damit verbundenen Kosten beeinflussen die Entscheidung. So haben wir uns gefragt: Hat jeder potenzielle Einbürgerungskandidat in unserer Region alle Informationen, die er für seine Entscheidung braucht? Traut sich jeder, die Fragen, die er zum Thema hat, auch tatsächlich gegenüber der Behörde zu äußern? Brauchen die Menschen Hilfestellung bei der Antragsstellung? Unsere Recherchen und Gespräche mit Verantwortlichen zeigten, am schwierigsten gestaltete sich der Kontakt zur Zielgruppe. Informieren – ja, aber wo und wie erreicht man die potenziellen Einbürgerungskandidaten? Aus diesen Überlegungen heraus entstand das Projekt „Integration durch Einbürgerung“.

+ *Und was kann man dafür tun, dass Menschen, die längst Teil unseres Landes sind, auch Staatsbürger werden, mit allen Rechten und Pflichten, die dazugehören?*

Unser Projekt kombinierte die besonderen Potenziale und Kontakte des Multikulturellen Forums als Migrantenorganisation mit denen der Kommunen bzw. des Kreises. Weitere Migrantenorganisationen wurden einbezogen, um so eine höhere Anzahl von einbürgerungsinteressierten MigrantInnen zu erreichen, die Einbürgerungsquote in der Region zu erhöhen und damit letztlich auch die Integration von EinwanderInnen aus Drittstaaten in das hiesige Gemeinwesen zu verbessern.

+ *Drei Jahre Projektarbeit – hier schon einmal unser Fazit vorweg:*

Einbürgerungspolitik wird in erster Linie auf Bundesebene gemacht. Wird dort über die Optionspflicht diskutiert oder über die doppelte Staatsbürgerschaft, hat dies den größten Effekt auf das Einbürgerungsverhalten der Menschen. Doch eine Willkommenskultur entsteht vor Ort: Stehen vor Ort alle Signale auf grün, fallen Zugangsbarrieren weg, erleichtert dies eine Entscheidung für die Einbürgerung.

Projekte vor Ort können hier einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie MigrantInnen informieren, motivieren und begleiten – so wie wir es in den vergangenen drei Jahren getan haben. Damals wie heute vertreten wir den Standpunkt, in einer Demokratie sollte die in dem Land lebende Bevölkerung seine Repräsentanten wählen – und hierfür muss sie die Staatsbürgerschaft besitzen. Damals wie heute finden wir, dass eine umfassende Information und Begleitung von MigrantInnen notwendig ist, um die Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft aufzuzeigen, Hemmschwellen überwinden zu helfen und so die Einbürgerungsbereitschaft zu erhöhen. Wie unser Projekt „Integration durch Einbürgerung“ dies umgesetzt hat, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Kenan Küçük, Geschäftsführer Multikulturelles Forum e.V.

Multikulturelles Forum e. V.

Träger des Projektes ist das Multikulturelle Forum e.V. (MkF), eine regional verankerte Migrantenorganisation mit Kooperationen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sowie vielfältigen Kompetenzen in der Integrationsarbeit. Mit seinen aktuell über 70 hauptamtlichen MitarbeiterInnen setzt sich das MkF seit 1985 für die Förderung und Unterstützung von MigrantInnen in beruflicher, sozialer sowie politischer Hinsicht ein. Mit Standorten in Lünen, Lünen-Süd, Bergkamen und Hamm fungiert das Forum als Weiterbildungsträger, Beratungsstelle und führt zahlreiche soziale Projekte durch.

Stadt Lünen

Die größte Stadt im Kreis Unna ist Lünen, wo etwa 85.000 Menschen wohnen, darunter 8.800 Personen mit ausländischem Pass. 2007 startete daher der „Lüner Dialog“, ein Diskussionsprozess in dessen Rahmen sich Bürger in vier Arbeitsgruppen mit Integrationsthemen beschäftigten. Die Einbürgerungsbehörde in Lünen bietet Beratungsgespräche mit Antragsstellern zum Thema Einbürgerung an.

© Stadt Lünen

Stadt Dortmund

Die Stadt Dortmund ist das westfälische Wirtschafts- und Handelszentrum und mit 575.000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt des Ruhrgebiets. Fast 30% der Dortmunder haben ihre Wurzeln im Ausland, genauer gesagt in über 170 Nationen. Vor diesem Hintergrund einer internationale und weltoffene Stadt richtete Dortmund im Jahr 2013 das Kommunale Integrationszentrum „MIA-DO-KI“ ein, das die integrationspolitischen Aspekte in Bezug auf „Bildung“ und „Querschnitt“ an einem Ort bündeln soll. Schon im Jahr 2008 führte die Stadt Dortmund unter dem Titel „Sag ja zur Einbürgerung“ eine eigene Einbürgerungskampagne durch. Aktuell werden in diesem Zusammenhang verschiedenste Publikationen zum Thema auf der städtischen Internetseite „www.dortmund.de“ präsentiert. Ein etablierter Bestandteil und sicherlich ein Höhepunkt der Willkommenskultur ist, dass die Stadt Dortmund in Persona des Oberbürgermeisters Ullrich Sierau einmal im Jahr alle neu Eingebürgerten im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Rathaus der Stadt herzlich willkommen heißt.

© Stadt Dortmund

© Stadt Unna

Kreisstadt Unna

Die Stadt Unna ist mit 59.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Kreises Unna. Sie liegt am östlichen Rand des Ruhrgebietes, in unmittelbarer Nähe zum Münsterland, zur Soester Börde und dem Sauerland. Sie ist eine Kreisstadt im Kreis Unna und verfügt über eine eigene Einbürgerungsbehörde.

© Thorsten Hübner, Stadt Hamm

Stadt Hamm

Im Herzen Westfalens, am Rande des Ruhrgebietes liegt die Partnerkommune Hamm. Hier wohnen 178.000 Menschen, von denen 29% einen Migrationshintergrund haben. Im Jahr 2001 startete die Stadt das Leitprojekt „Sprach- und Integrationsförderung für Migrantinnen und Migranten“. Die Einrichtung des Bürgeramtes für Migration und Integration 2006 hatte das Ziel, alle Beratungs- und Serviceeinrichtungen für Zuwanderer an einem Ort anzubieten. Darüber hinaus initiierte die Kommune im Jahr 2012 die Einbürgerungskampagne „In Hamm zu Hause – Einbürgerung jetzt!“, zu der Informationsveranstaltungen sowie das direkte Anschreiben ausländischer Staatsbürger gehörte.

© nowofoto

Kreis Unna

Der Kreis Unna besteht aus 10 Städten und Gemeinden – neben Lünen und Unna gehören Bönen, Bergkamen, Kamen, Schwerte, Selm, Werne, Fröndenberg und Holzwickede zum Kreisgebiet. Insgesamt wohnen in diesen acht Städten und Gemeinden 394.000 Menschen, darunter 27.500 Personen mit ausländischem Pass. Der Kreis fördert die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch Initiativen und Maßnahmen sowie Förderprojekte und Informationen, beispielsweise über das Integrationsportal Wel KOMM.IN Kreis Unna. Zur Beratung Interessierter bietet die Einbürgerungsbehörde eine wöchentliche Sprechstunde an und informiert genauer über Einbürgerungsmöglichkeiten.

PRAXIS-TIPP

Die direkte Einbindung der Kommunen, insbesondere deren Einbürgerungsbehörden, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Neben der Vernetzung der Kommunen ist ebenso der Austausch über die Maßnahmen und Aktivitäten zur Steigerung der Einbürgerungszahlen zu empfehlen. Sprechzeiten, die in Kooperation zwischen den Kommunen und dem Projekt entstanden sind, haben interessierten Drittstaatsbürgern eine Beratungsplattform mit geringer Zugangshemmschwelle angeboten.

Projektziele

Das Projekt verfolgte das Ziel, die Einbürgerungsaktivitäten in der Region Westfälisches Ruhrgebiet (Dortmund, Hamm, Kreis Unna) insgesamt zu verstärken und kommunale Behörden bei der Durchführung von Einbürgerungskampagnen zu unterstützen. Beratung und Information sollten Drittstaatsangehörige zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft motivieren und Einbürgerungshindernisse abbauen.

Übergeordnetes Ziel des Projektes war es, die Einbürgerungsquote von sogenannten „Drittstaatsangehörigen“ in der Region zu erhöhen und damit die gesellschaftliche Integration und Teilhabe von EinwanderInnen zu fördern und zu verbessern.

Zugleich sollten neue Zugänge zur Zielgruppe geöffnet werden, die auch nach Beendigung des Projektes Bestand haben.

Ein weiteres Projektziel war die modellhafte Entwicklung und Erprobung von Vorgehensweisen, die auf die Zielgruppe zugeschnitten sind. Die Einbeziehung von örtlichen und regionalen Migrantenorganisationen in die Einbürgerungsaktivitäten sollte als Nebeneffekt des Projektes Drittstaatsangehörige verstärkt zu bürgerschaftlichem Engagement und politischer Partizipation motivieren und anleiten.

VON EINER EINBÜRGERUNG PROFITIERT NICHT NUR DER NEUE DEUTSCHE STAATSBÜRGER, SONDERN AUCH UNSER LAND.

„Für eine Demokratie ist es wichtig, dass alle in ihr lebenden Personen sich aktiv an allen Prozessen beteiligen können. Unser Land zieht viel Kraft, Energie und Kreativität aus seiner vielfältigen Zusammensetzung – da ist es wichtig, dass diese zahlreichen Stimmen auch politisch gehört werden! Auf Dauer können wir nur eine tragfähige Gesellschaft sein, wenn alle auch rechtlich gleichgestellt sind. Deshalb wünsche ich mir für Deutschland und für den Kreis Unna, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund erkennen, welche Vorteile die deutsche Staatsbürgerschaft für sie hat, und dass es ihnen leicht gemacht wird, diese auch rasch anzunehmen. Denn sie gehören klar zu unserem Land – und wofür sonst steht das Wort Staatsangehörigkeit?“

Michael Makiolla, Landrat des Kreises Unna

Zielgruppe

Das Projekt richtete sich hauptsächlich an EinwanderInnen aus Drittstaaten (also aus Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören) im Projektgebiet, die sich entschlossen hatten, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen oder sich in ihrer Entscheidung noch nicht sicher waren. Daneben sollte es auch die Personen erreichen, die sich bisher noch nicht mit der Einbürgerung beschäftigt haben. Insgesamt handelt es sich um fast 130.000 ausländische MitbürgerInnen, von denen die meisten aus über 100 Drittstaaten kommen, vor allem aus der Türkei, der ehemaligen Sowjetunion, dem Libanon, Marokko oder dem ehemaligen Jugoslawien.

Viele von ihnen hätten das Recht, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten; über 69.000 EinwanderInnen erfüllen laut Einbürgerungsbehörden die zeitliche Voraussetzung für die Einbürgerung. Doch aus unterschiedlichen Gründen gehen die meisten diesen Schritt nicht. Das Projekt sollte die Menschen davon überzeugen, dass die deutsche Staatsbürgerschaft für ihr Leben in Deutschland von Vorteil ist.

INFO

Was sind die Voraussetzungen für die deutsche Staatsbürgerschaft?

§ 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes definiert folgende Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft:

- *Unbefristetes Aufenthaltsrecht oder Aufenthaltserlaubnis (außer der AE nach den §§ 16, 17, 20, 22, 23 Abs.1, 23a, 24 und 25 Abs. 3 bis 5)*
- *Mindestens acht Jahre rechtmäßiger und regelmäßiger Aufenthalt in Deutschland (Ausnahmen: Sieben Jahre bei Besuch eines Integrationskurses)*
- *Sicherung des Lebensunterhaltes ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) oder XII (Sozialhilfe)*
- *Aufgabe oder Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Personen aus Drittstaaten*
- *Keine Verurteilung wegen einer Straftat zu einer Geldstrafe / Freiheitsstrafe über 90 Tagessätze / 3 Monate in Deutschland oder im Herkunftsland*
- *Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (Niveau B1 oder Schulabschluss an einer deutschen allgemeinbildenden Schule)*
- *Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland*
- *Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung Deutschlands*

Sind alle Voraussetzungen erfüllt, hat der Antragsteller einen Anspruch auf Einbürgerung. Sollten einzelne oder mehrere Voraussetzungen nicht erfüllt werden, empfiehlt sich dennoch ein Beratungsgespräch bei der Einbürgerungsbehörde, um zu klären, ob es hierzu Ausnahmemöglichkeiten im Ermessenswege gibt.

Zahlen und Daten

Folgende Zahlen aus der im Vorfeld durchgeführten Standort- und Bedarfsanalyse verdeutlichen die Größenordnung des Projektes und heben hervor, wie viel Einbürgerungspotenzial in der nichtdeutschen Bevölkerung im Westfälischen Ruhrgebiet vorhanden ist.

Mangels entsprechend detaillierterer Daten wird nur die Zahl der potenziellen Antragsteller angegeben, die die Voraussetzungen in Bezug auf die Aufenthaltszeit in Deutschland erfüllen.

	Personen mit ausländ. Pass	zeitliche Voraussetzung für Einbürgerung erfüllt	Einbürgerungen
Hamm	18.449	ca. 10.000	387
Dortmund	69.886	ca. 35.000	1.211
Kreisstadt Unna	3.477	keine Angaben	65
Kreis Unna	27.501	ca. 16.000	248
Lünen	8.766	ca. 8.000	206

Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt, Zensus 2011 und Angaben der Partnerkommunen

„OHNE DAS PROJEKT WÜRDE ICH DIE ENTSCHEIDUNG IMMER NOCH VOR MIR HERSCHIEBEN…"

So ein Einbürgerungsantrag ist mit viel Aufwand verbunden. Und ich hatte auch noch viele offene Fragen, zum Beispiel ob ich mich mit meinem Aufenthaltstitel überhaupt einbürgern lassen kann. Daher bin ich froh, dass ich auf das Projekt „Integration durch Einbürgerung" aufmerksam geworden bin. Es war eine große Erleichterung, dass mich jemand bei der Einbürgerung unterstützte.
Ich sehe in dem deutschen Pass nur Vorteile für mich: Im Berufsleben wird Einiges einfacher; als deutscher Staatsbürger erhoffe ich mir eine Laufbahn als Unteroffizier bei der Bundeswehr. Auch aus ganz praktischer Hinsicht hilft mir der Pass: Ich muss meinen Aufenthaltstitel nicht mehr regelmäßig verlängern lassen und auch die weite Fahrt zum libanesischen Konsulat nach Frankfurt, z.B. zum Verlängern meines Reisepasses, fällt nun weg.

Abdullah Ayoub, Auszubildender aus Lünen

Adressaten

PRAXIS-TIPP

Da die Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund eine sehr heterogene Gruppe darstellt, ist es für die zielgerichtete Ansprache von großer Bedeutung, ebenso vielfältige Kontakt- und Kommunikationswege zu nutzen. Projektaktivitäten sollten in den Kontexten angeboten werden, in denen möglichst viele VertreterInnen der Zielgruppe angetroffen werden können, so beispielsweise bei Sprachkursträgern, Migrantenorganisationen, Gemeinden, Verbänden, religiösen Gemeinschaften oder bei Ausländerbehörden. Vorhandene Strukturen sollten genutzt, vernetzt und gemeinsam weiter entwickelt werden.

Beratung

Hauptsächlich konzentrierte sich das Projekt auf Unterstützung bei Einzelfällen während des Einbürgerungsprozesses. So begleitete es die TeilnehmerInnen beispielsweise bei Behördengängen oder bei der Vorbereitung auf den Einbürgerungstest.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Projekt war die testweise Einführung eines Beratungsangebots in Dortmund. In Abstimmung mit dem Kooperationspartner fand sie zweimal wöchentlich in der Ausländerbehörde statt. Da das Beratungsangebot in Dortmund auf große Nachfrage stieß, wurden in Lünen und Unna ebenfalls wöchentliche Beratungsangebote eingerichtet.

Um auch in Hamm persönlich erreichbar zu sein, wurde in den Räumlichkeiten des MkF alle zwei Wochen eine Beratungssprechzeit angeboten.

Auch in Migrantenorganisationen wurden Beratungen angeboten. Im Laufe des Projektes wuchs die Zusammenarbeit mit dem Verbund sozial-kultureller Migrantenvereine Dortmund e. V. (VMDO), einem Dachverband aus 37 Vereinen in Dortmund. Aus dieser Netzwerkarbeit entwickelte sich ein Beratungsangebot, das alle zwei Wochen beim Alevitischen Kulturzentrum (DAKME), einem Mitglied des VMDO, stattfand. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen verbesserte sich diese im zweiten Förderjahr qualitativ sowie quantitativ.

TOP 5

Die in den Beratungen am häufigsten gestellten fünf Fragen und ihre hier viel zu kurz geratenen Antworten machen deutlich, wie komplex das Thema Einbürgerung ist und welch hoher persönlicher Beratungsbedarf herrscht.

1. *Doppelte Staatsbürgerschaft: Kann ich meine bisherige Staatsbürgerschaft behalten, wenn ich die deutsche annehme?*
   Prinzipiell nein, aber es gibt Ausnahmen.
2. *Leistungsbezug: Kann ich eingebürgert werden, wenn ich ALG-II erhalte?*
   Möglicherweise ja, die Frage lässt sich pauschal nicht beantworten.
3. *Zeitlicher Ablauf: Wie lange dauert der Einbürgerungsprozess?*
   Mindestens vier bis sechs Monate sowie möglicherweise die zusätzliche Zeit der Ausbürgerung.
4. *Kosten: Wie hoch sind die Gebühren einer Einbürgerung?*
   255,- € pro Erwachsenen; 51,-€ pro Kind, das gemeinsam mit den Eltern eingebürgert wird sowie die Kosten der Ausbürgerung. Hinzu kommen Kosten für den Personalausweis, ggf. Reisepass, Übersetzungen, notariell beglaubigte Urkunden und Bescheinigungen etc.
5. *Ausbürgerung: Wie kann ich meine bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben?*
   Das ist von Land zu Land unterschiedlich geregelt.

Information

Für Interessierte bündelte das Projekt *Informationsmaterial* zum Thema Einbürgerung und hielt dieses in gedruckter und digitaler Form bereit. Darüber hinaus konnten Interessierte auf der Internetseite des Multikulturellen Forums Hinweise zum Einbürgerungsverfahren abrufen. Die eigens eingerichtete Projektseite auf Facebook bot Einbürgerungswilligen die Möglichkeit, sich laufend über Entwicklungen zu informieren.

Zweckdienliche und kultursensible *Infoveranstaltungen* bei Sprachkursträgern, Bildungsträgern, Migrantenorganisationen und in der Migrationsarbeit tätigen Vereinen ermöglichten es, die Zielgruppe vor Ort anzusprechen und ihre Hemmungen vor Behördengängen zu verringern. Die anfängliche Kontaktaufnahme bzw. persönliche Vorstellung bei den Integrationskursträgern im Projektgebiet war für den Verlauf des Projektes sehr bedeutsam. In regelmäßigen Abständen wurden Infoveranstaltungen, beispielsweise in Form von Besuchen in Sprachkursen, organisiert.

Infostände bei Stadt- oder Stadtteilfesten in den Kommunen machten durch die aktive Einbindung der Interessierten, z.B. durch die spielerische Konfrontation mit Fragen des Einbürgerungstests, auf das Projekt aufmerksam. Bei Bedarf konnten sich Interessierte außerdem über die Einbürgerungsvoraussetzungen informieren.

Vernetzung

Durch die Partnerschaft im Projekt wurden die für die Einbürgerung zuständigen Instanzen der verschiedenen Kommunen miteinander vernetzt. Die Kommunen hatten die Gelegenheit, in Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft im Projekt oder im Rahmen einzelner Treffen sich nicht nur fortlaufend mit den Partnern über Projektaktivitäten abzustimmen, sondern auch mehr Einsicht in die Einbürgerungspraxis der anderen Kommunen zu erhalten.
Wichtigster Netzwerkpartner für das Projekt waren neben den Partnerkommunen sicherlich die Migrantenorganisationen. Zu Beginn des Projektes setzte ein Infoschreiben alle Migrantenorganisationen im Projektgebiet in Kenntnis und machte Vorschläge, wie die Zielgruppe erreicht werden kann.

Anschließend besuchten die Projektmitarbeiter Migrantenorganisationen und in der Migrationsarbeit tätige Vereine und Organisationen persönlich, um den Inhalt des Projektes den Mitgliedern und der Gemeinde vorzustellen.

Auf Einladung der Integrationsräte der jeweiligen Städte nahmen die Projektmitarbeiter auch an Integrationsratssitzungen teil. Sie setzten Ratsmitglieder über das Projekt in Kenntnis und stellten so Kontakt zu Vorsitzenden von Migrantenorganisationen her.
Die besonderen Strukturen der Einbürgerungsarbeit in der Stadt Hamm führte zu einem weiteren Synergieeffekt: Die dort bereits installierten Integrationslotsen unterstützten das Projekt. Zum Beispiel vermittelten sie den Kontakt zu weiteren Organisationen, was erneut der Netzwerkarbeit zugutekam.

PRAXIS-TIPP

Aufgrund der ehrenamtlichen Strukturen der Migrantenorganisationen kann es schwierig sein, auf Anhieb nachhaltigen Kontakt zu den Vorständen aufzubauen. Eine anfänglich hohe Kontaktdichte kann die Vereine von der Bedeutung des Projektes überzeugen. Insgesamt sollte sich die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen flexibel gestalten, sodass Zugangsprobleme vermieden werden.

„EINE GUTE PLATTFORM FÜR DEN ERFAHRUNGSAUSTAUSCH!“

„Das Projekt „Integration durch Einbürgerung“ hat uns den Austausch mit den anderen Kommunen und dem Multikulturellen Forum ermöglicht und einen Mehrwert für die eigene Arbeit mit sich gebracht. Außerdem sind Kampagnen ein gutes Mittel, um die Einbürgerung voranzutreiben, denn sie sprechen sich schnell rum. Sie führen zu Diskussionen, geben Anreize, machen neugierig. Ohne solche Kampagnen würden die Einbürgerungszahlen wahrscheinlich zurückgehen.“

Ralf Korittke, Sachgebietsleiter Einbürgerungen und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten bei der Stadt Hamm

Der Projektverbund bei der Auftaktveranstaltung des Projektes.

- *Website: www.multikulti-forum.de/engagement/integration-durch-einbuergerung*
- *facebook: „Integration durch Einbürgerung“*

Öffentlichkeitsarbeit

Zum Start des Projektes im Januar 2012 organisierte das Projektteam gemeinsam mit den Kooperationspartnern eine Auftaktveranstaltung in Lünen. Im anschließenden Pressegespräch informierten sich Vertreter der lokalen deutschen und ausländischen Presse über das Projekt und berichteten daraufhin ausführlich. *Pressearbeit* war auch über diesen ersten Termin hinaus ein wichtiger Faktor während der gesamten Projektzeit und gestaltete sich vielseitig. Lokale deutschsprachige und türkischsprachige Zeitungen berichteten, darunter die „Westfälische Rundschau“, die „Ruhr Nachrichten“ und „Hürriyet“. Zudem bewarben Anzeigen in der Presse sowie im halbjährlich erscheinenden Kursprogramm des Bildungswerkes Multi Kulti das Projekt regelmäßig.

Für potenzielle Teilnehmende und MultiplikatorInnen wurden mehrsprachige (Deutsch, Türkisch, Russisch, Arabisch) Flyer erstellt. Diese wurden gemeinsam mit Plakaten an Bildungsträger, Integrationskursträger und weitere Partner übersandt oder ausgehändigt. Die Flyer wurden während des Projektes immer wieder aktualisiert und bei Infoveranstaltungen, Stadtfesten und sonstigen Veranstaltungen verteilt. Neben der Zielgruppe sollten sie auch MitarbeiterInnen der Kommunen sowie ExpertInnen aus dem Gebiet der Integration über das Projekt informieren.

Auch im *Internet* wurde das Projekt „Integration durch Einbürgerung“ beworben: Informationen zu dem Projekt fanden sich auf der Seite des Multikulturellen Forums. Beispielsweise konnten Interessierte Unterlagen herunterladen und fanden Links zu anderen relevanten Seiten zum Thema Einbürgerung und zu Projektpartnern. Im Austausch verwiesen die Webseiten der Städte Dortmund und Unna auf das Projekt.

Auch *soziale Netzwerke* wurden für die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes eingesetzt. Eine eigene Projektseite auf Facebook vermittelte Neuigkeiten zum Thema Einbürgerung und informierte über die Beratungsmöglichkeiten.

Unterstützung der kommunalen Einbürgerungsaktivitäten

Durch die Sprechzeiten und Informationsangebote ergänzte das Projekt die Beratungsleistungen der Behörden und erleichterte dadurch deren Arbeit. Viele Fragen potenzieller Antragsteller wurden so im Voraus durch das Projektpersonal beantwortet und die MitarbeiterInnen in den Behörden konnten sich auf die Bearbeitung der Anträge konzentrieren.

Das Beratungsangebot des Projektes führte dazu, dass die in den letzten drei Jahren eingereichten Anträge eine höhere Qualität aufwiesen als die Anträge in den Jahren zuvor. Dadurch mussten Behördenmitarbeiter weniger Unterlagen nachfordern und konnten die Anträge schneller bearbeiten.

Im Rahmen des Projektes organisierte Veranstaltungen trugen zum Ausbau des Fachwissens der Einbürgerungsbehörden bei: In einer Fortbildung zum Thema Staatsangehörigkeitsgesetz unter Leitung eines Fachreferenten der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V. (GGUA) konnten die MitarbeiterInnen des Projektes und der Kommunen ihr bisheriges Wissen auffrischen und erweitern. Des Weiteren konnten sich die Projektpartner bei einem gemeinsamen Besuch beim Generalkonsulat der Türkischen Republik in Essen über Kooperationsmöglichkeiten auf behördlicher Ebene aber auch über rechtliche Fragen wie beispielsweise das Entlassungsverfahren im türkischen Recht informieren.

PRAXIS-TIPP

Seminare oder Exkursionen schaffen gezielt einen Mehrwert für die Partnerkommunen im Projekt. Die Möglichkeit, in Kontakt und Austausch mit jeweiligen Konsulaten zu kommen, kann es erleichtern, Informationen aus erster Hand zu bekommen und neben den rechtlichen Hintergründen auch etwas über die praktische Handhabung von Problemfällen zu erfahren. In einer solchen Runde erhalten MitarbeiterInnen von Behörden die Möglichkeit, direkt konkrete Fragen aus dem eigenen Arbeitsalltag zu stellen und zu klären.

Besuch beim türkischen Konsulat in Essen

Fachseminar zum Thema Staatsangehörigkeitsrecht

„Durch das Projekt wurde ein Teil der Beratungsgespräche aufgefangen. Die sprachliche Kompetenz und das multikulturelle bzw. außerbehördliche Verständnis der Projektmitarbeiter dienten oft als eine hilfreiche Unterstützung. Da eine bürokratische Offenlegung für die potenziellen Antragsteller manchmal auch unangenehm wirken kann, hat das Projektangebot nochmal einen etwas anderen Zugang zur Zielgruppe geschaffen. Eine Intensivierung solcher Kooperationen wäre meines Erachtens sehr sinnvoll."

Frank Gissel, Sachbearbeiter bei der Einbürgerungsbehörde der Stadt Lünen

„DAS PROJEKT ‚INTEGRATION DURCH EINBÜRGERUNG' WAR EINE UNTERSTÜTZUNG FÜR UNSERE BEHÖRDE."

Projektergebnisse

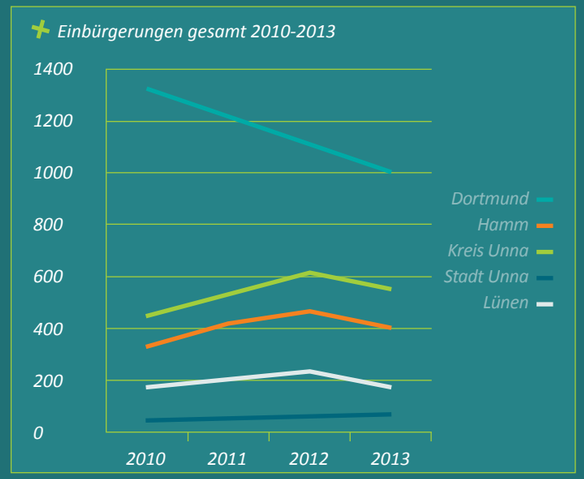
In den vergangenen Jahren hat das Projekt „Integration durch Einbürgerung“ eine große Zahl an Menschen über das Thema Einbürgerung informiert, sensibilisiert, aufgeklärt, beraten und begleitet. Innerhalb der Zielgruppe im engeren Sinne, also bei den Drittstaatangehörigen, konnten ca. 3.000 Personen erreicht werden. Betrachtet man die Netzwerkarbeit, die Kontakte in den zuständigen Behörden, die Kooperation mit zahlreichen MultiplikatorInnen sowie die durch Pressearbeit und Publikationen erreichte Öffentlichkeit, wird deutlich, dass die Zahl der tatsächlich erreichten Personen deutlich höher ist und dass das Thema Einbürgerung im gesamten Projektgebiet immer wieder in den Fokus gerückt werden konnte.

	2012	2013	2014*
Einzelberatungen	77	188	88
Telefonisch und per Mail	68	47	74
Beratung an Infoständen	58	49	62
Teilnehmer in Infoveranstaltungen	863	848	619
Gesamt	1066	1132	843

Erreichte Personen 2012-2014 · *Stand 31.10.2014

Im Jahr 2012, dem ersten Projektjahr, lag der Fokus des Projektes zunächst auf dem Ausbau des Zugangs zu Migrantenorganisationen und der Netzwerkbildung, die eine Grundlage für die Erreichung der eigentlichen Zielgruppe darstellen sollte. Die hohe Zahl der Teilnehmenden an Informationsveranstaltungen im Jahr 2012 erklärt sich mit diesem Ziel der flächendeckenden Bekanntmachung des Projektes. Informationsveranstaltungen in Migrantenorganisationen, bei Sprachkursträgern oder in Vereinen stellten sich jedoch für die gesamte Projektlaufzeit als erfolgreiches Mittel zur Erreichung neuer Projektteilnehmenden heraus, sodass sie kontinuierlich angeboten wurden. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses und dem gesteigerten Bekanntheitsgrad des Projektes in der Region stieg auch die Anzahl der Einzelberatungen, was die Anzahl der persönlichen Beratungen im Jahr 2013 deutlich macht. Mitte 2013 ließ das Interesse an den Beratungen spürbar nach, was auch auf die Diskussion über den „Doppelpass“ zurückzuführen ist.

Einbürgerungen gesamt 2010-2013



Quelle: Statistisches Bundesamt

Das Projekt „Integration durch Einbürgerung“ war mit der Zielsetzung gestartet, die Einbürgerungszahlen im Westfälischen Ruhrgebiet insgesamt um 30% zu steigern. Auch wenn dieses anfänglich angestrebte Ziel nicht erreicht werden konnte, steigerten sich die Einbürgerungszahlen zu Beginn des Projektes in fast allen Kommunen. Seit dem Jahr 2013 fiel jedoch die Zahl der Einbürgerungen in allen Städten des Projektgebietes. Ein Blick auf den NRW-Trend zeigt, dass die Städte im Projektgebiet damit im Durchschnitt liegen. Nach einem Höchststand im Jahr 2012 von über 30.000 Einbürgerungen ging die Zahl 2013 landesweit zurück. Dabei fiel vor allem die Zahl der Einbürgerungen von Drittstaatsangehörigen sowohl im Projektgebiet, als auch im NRW-Durchschnitt.

	NRW		Dortmund		Hamm		Kreis Unna		Stadt Unna		Lünen	
	Einbürger. Drittstaatler	Einbürger. Gesamt	Einbürger. Drittstaatler	Einbürger. Gesamt	Einbürger. Drittstaatler	Einbürger. Gesamt	Einbürger. Drittstaatler	Einbürger. Gesamt	Einbürger. Drittstaatler	Einbürger. Gesamt	Einbürger. Drittstaatler	Einbürger. Gesamt
2013	24180	29629	849	1001	356	406	449	520	51	71	160	174
2012	25332	30282	971	1105	422	461	539	610	52	74	221	238
2011	25348	29357	1080	1211	384	417	444	520	47	63	189	206
2010	24718	28186	1176	1313	297	317	397	450	41	45	148	164

Quelle: Statistisches Bundesamt· Einbürgerungen im Projektgebiet und NRW 2010-2013

Sicherlich kann der Rückgang der Einbürgerungszahlen, zumindest teilweise, auf die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft zurückgeführt werden. Spätestens nachdem die SPD die doppelte Staatsbürgerschaft zum Wahlkampfthema für die Bundestagswahl 2013 machte, berichteten die Medien verstärkt darüber. Der Personenkreis, der von dieser Gesetzesänderung betroffen wäre, war von Anfang an begrenzt. Doch die verzerrte Darstellung in den Medien führten zu Missverständnissen in Bezug auf den Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft und erweckten bei vielen Drittstaatsangehörigen den Eindruck, sie könnten in Kürze die deutsche Staatsbürgerschaft unter Beibehaltung ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit erlangen. Dies führte zu einer abwartenden Haltung vieler Antragssteller. Die Einbürgerungsbehörden und auch die Einbürgerungsberater des Projektes waren vermehrt mit Nachfragen konfrontiert und mussten Aufklärungsarbeit leisten. Laut Einschätzung der Einbürgerungsbehörden wird sich der negative Trend im Jahr 2014 fortsetzen. Erwartungsgemäß wird der Bundestag das Gesetz zur Neuregelung der Optionspflicht noch innerhalb des Jahres 2014 verabschieden. Das könnte die Spekulationen beenden, sodass sich wieder mehr Personen für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden werden.

Zwar zeigen die Zahlen keine quantitative Erhöhung der Einbürgerungen in der gewünschten Höhe, jedoch bestätigten die beteiligten Behörden eine qualitative Steigerung der Anträge. In der Folge wurden weniger Anträge abgewiesen und es kam zu weniger Verzögerungen aufgrund fehlender Unterlagen. Laut Einbürgerungsbehörden nahm vor allem die Anzahl aussichtsloser Anträge ab.

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass der Erfolg des Projektes nur bis zu einem gewissen Grad auf Basis der bisher vorliegenden Zahlen bewertet werden kann. Die Antragstellung erfolgte oft erhebliche Zeit nach der Beratung, da die Interessenten zunächst die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und die notwendigen Dokumente besorgen müssen. Um den Erfolg des Projektes abschätzen zu können, müssen ebenso die Zahlen der folgenden Jahre berücksichtigt werden.

Umfrage zur Einbürgerungsmotivation der Zielgruppe

Um das Einbürgerungsverhalten und die Motivation der Zielgruppe besser einordnen und diese Erkenntnisse für die Interpretation der Einbürgerungszahlen in der Projektregion nutzen zu können, wurde im Rahmen des Projektes „Integration durch Einbürgerung“ eine Umfrage mittels einer Fragebogenaktion in den Ausländerbehörden durchgeführt.
Von den 126 Befragten erklärten 60% ihre Absicht, sich einbürgern zu lassen, während 40% sich dagegen entschieden. Zwischen Männern und Frauen gab es dabei keine relevanten Unterschiede, wohl aber unter den Altersgruppen. Alle befragten Jugendlichen unter 18 Jahren hatten vor, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Mit zunehmendem Alter nahm die Motivation zur Einbürgerung ab: Während sich 72% der 18-39jährigen einbürgern lassen wollten, waren es unter den 40-59jährigen nur noch 44%. Keiner der Befragten über 60 Jahren hatte vor, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.

MEIN KIND IST DEUTSCH – ES WURDE SCHLIESSLICH HIER GEBOREN.

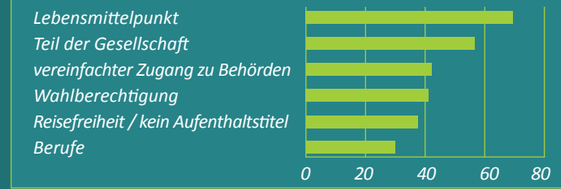
„Ich bin in der Türkei geboren und aufgewachsen. Nach Deutschland bin ich erst als Erwachsener gekommen, ich war 19 Jahre alt. Ich habe mich entschlossen, Deutscher zu werden, weil mein Lebensmittelpunkt ganz klar hier ist: Hier habe ich mein Studium zum Bauingenieur abgeschlossen, hier habe ich mein eigenes Unternehmen gegründet, hier habe ich geheiratet und hier ist mein Kind auf die Welt gekommen. Mit der deutschen Staatsbürgerschaft bin ich auch rechtlich komplett in Deutschland angekommen, kann wählen und habe die Möglichkeit, gewählt zu werden.“

Selçuk Yaşar, Bauunternehmer aus Dortmund

Aus welchen Gründen entscheiden sich die Befragten für die deutsche Staatsbürgerschaft?

Der meistgenannte Grund für die Entscheidung für die Einbürgerung ist der Lebensmittelpunkt in Deutschland. 70% der Befürworter geben dies als Motiv an. 58% sehen sich als Teil der deutschen Gesellschaft, möchten dies auch rechtlich sein und deswegen den deutschen Pass erwerben. Daneben sind für 43% der vereinfachte Zugang zu Behörden und die vereinfachte Bearbeitung der Angelegenheiten entscheidend. Weitere Gründe sind: mehr politisches Mitspracherecht durch Wahlberechtigung (41%), Reisefreiheit in der EU und Leben ohne Aufenthaltstitel (38%) sowie die Möglichkeit, Berufe ausüben zu können, für die man die deutsche Staatsbürgerschaft benötigt (28%).

Motive für die Einbürgerungen in %



Mehrfachnennung möglich

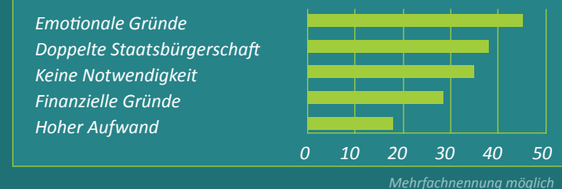
Mit welchen Begründungen lehnen Zuwanderer den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ab?

Vor allem emotionale Gründe sprechen für einige Befragte dagegen. 44% der Befragten, die angeben, sich nicht einbürgern lassen zu wollen, möchten nicht ihre bisherige Staatsbürgerschaft verlieren. 38% warten auf die doppelte Staatsbürgerschaft, um die bisherige nicht abgeben zu müssen.

Ein Drittel der Befragten sehen die deutsche Staatsbürgerschaft als im Alltag nicht notwendig an. Weitere genannte Gründe gegen die Einbürgerung sind laut Befragung finanzielle Nachteile im Heimatland durch Verlust der Staatsangehörigkeit, z. B. durch Einbußen bei der Rente.

28% derjenigen, die sich gegen eine Einbürgerung aussprachen, gaben dies als Grund an. Für 18% war der bürokratische Aufwand zu hoch und die Dauer der Antragstellung zu lange.

Gründe gegen die Einbürgerungen in %



Mehrfachnennung möglich

DIE ANNAHME EINER STAATSBÜRGERSCHAFT SOLLTE GUT ÜBERLEGT SEIN.

„So ohne weiteres wechselt niemand seine Staatsbürgerschaft; dieser wichtige Schritt darf nicht dem Wechseln von Kleidungsstücken ähneln. Eine persönliche Beratung ist in jedem Fall erforderlich und sinnvoll. Um das vorhandene Einbürgerungspotenzial effektiv zu erreichen, brauchen wir längerfristige Projekte und Kampagnen. Idealerweise sollten diese dann Aufklärungsarbeit schon an Kitas, Schulen und im Bereich ‚Übergang Schule-Beruf‘ leisten, damit die Zielgruppe frühzeitig informiert werden kann.“

Frank Gissel, Sachbearbeiter bei der Einbürgerungsbehörde der Stadt Lünen

Welche Handlungsschritte ergeben sich aus den Ergebnissen der Umfrage?

Die am häufigsten genannten Gründe, die die Befragten für eine Einbürgerung nannten, konnten im Projekt als Motivationsstützen in Beratungsgesprächen und Informationsveranstaltungen genutzt werden, um Vorbehalte aufzulösen und eine offenere Diskussion in Gang zu setzen. Die Ablehnungsgründe, die die Umfrage aufzeigte, machten noch einmal deutlich, dass es sich beim Thema Einbürgerung um einen sehr komplexen Prozess handelt. Die Frage, welcher Staatsangehörigkeit eine Person in Zukunft angehören wird, berührt emotionale, persönliche, familiäre, soziale, finanzielle, organisatorische Aspekte, die es ganzheitlich zu beachten gilt. Bezüglich der abwartenden Haltung im Hinblick auf die doppelte Staatsbürgeschaft leistete das Projekt wichtige Aufklärungsarbeit. Bezogen auf die nicht oder zu schwach wahrgenommene Alltagsnotwendigkeit der deutschen Staatsangehörigkeit arbeitete das Projekt mit der Darstellung der Vorzüge einer rechtlichen Gleichstellung. Und nicht zuletzt konnte durch das Projekt denjenigen Personen geholfen werden, die aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands den Schritt zur Einbürgerung nicht wagten.

PRAXIS-TIPP

Die Umfrage macht deutlich, dass emotionale Gründe viele Personen davon abhalten, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Möchte man an diesem sehr persönlichen Aspekt ansetzen, so bedarf es eines besonders sensiblen Ansatzes. Im Rahmen von Beratungen kann dieser Aspekt angesprochen werden; jedoch ist es unrealistisch zu erwarten, dass sich solche eng mit dem eigenen Identitätsverständnis verbundene Einstellungen durch punktuelle Kontakte und in kurzer Zeit verändern lassen. Vielmehr empfiehlt sich hier ein langfristigerer Ansatz, der mittels kreativ-, theater- oder erlebnispädagogischer Elemente direkt an diesen Emotionen der Zielgruppe ansetzen könnte.

„DREI JAHRE, 3000 MENSCHEN, EINE BOTSCHAFT: WERDEN AUCH SIE GLEICHBERECHTIGTES MITGLIED DIESER GESELLSCHAFT!"

„Mit unserem Projekt haben wir das Thema Einbürgerung an allen denkbaren Orten an die Menschen herangetragen und aktiv für die deutsche Staatsbürgerschaft geworben: Von Vereinsheimen bis zu Stadtfesten, von Sprachkursen bis zu Gesprächskreisen, von Wochenmärkten bis hin zu Friseursalons haben wir die Zielgruppe in ihrem Umfeld kontaktiert. Wir haben Menschen, die sich bisher nicht mit der Frage beschäftigt hatten, zum Nachdenken angeregt. Denjenigen, die sich unsicher waren, konnten wir ihre Ängste nehmen. Wer die Bürokratie scheute, erfuhr im Projekt eine Beratungsplattform ohne Hemmschwelle sowie Unterstützung während des Einbürgerungsprozesses. Über 3000 Personen haben unsere Angebote in Anspruch genommen, viele weitere haben unsere Plakate, Presseartikel und Webseite wahrgenommen. Wir freuen uns über jeden neuen Staatsbürger im Projektgebiet und hoffen, dass die geschaffenen Strukturen auch längerfristig aufrechterhalten werden können, um Einbürgerungswillige zu begleiten."

Cemal Şaşmaz und Evren Mittmann-Önder,
Projektmitarbeiter „Integration durch Einbürgerung"

Eine Kampagne für das Deutschwerden

Integration soll sich auch im Pass zeigen

260 000 Euro pro Jahr stehen bereit

Ruhr Nachrichten · 02.02.2012

Zahl der Einbürgerungen weiter angestiegen

Sprechstunde zum Thema „Einbürgerungen" im Rathaus

LÜNEN • Immer mehr Lünerinnen und Lüner mit ausländischen Wurzeln lassen sich einbürgern. Das ist das Ergebnis einer statistischen Auswertung, die das städtische Bürgerbüro vorgelegt hat. Demnach ist die Zahl der Einbürgerungen im vergangenen Jahr auf 237 gestiegen. Das sind 15 Prozent mehr als im Jahr 2011. „Wir freuen uns sehr über diese Entwicklung", sagt der stellvertretende Leiter des Bürgerbüros, Markus Neumann. „Die hohe Zahl an Einbürgerungen ist auch ein Zeichen der gelungenen Bemühungen der Stadtverwaltung rund um das Thema Integration."

Fast Dreiviertel der Eingebürgerten, die nun einen deutschen Pass vorweisen können, wechselte von der türkischen in die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit weitem Abstand folgen dann Menschen mit der ehemaligen Staatsangehörigkeit ukrainisch, kosovarisch und polnisch. Die meisten der neu eingebürgerten Menschen ist in Deutschland geboren worden (rund 66 Prozent).

Als zweithäufigstes Geburtsland wurde die Türkei angegeben (rund 14 Prozent). Auch im vergangenen Jahr hat sich ein Trend weiter fortgesetzt: In Lünen haben sich deutlich mehr Männer als Frauen einbürgern lassen (Männer: rund 56 Prozent, Frauen 44 Prozent).

Um die positive Tendenz bei den Einbürgerungen noch weiter zu steigern, wird die Stadt Lünen in Zusammenarbeit mit dem Multikulturellen Forum Lünen e.V. ab sofort jeden Donnerstag eine neue Sprechstunde zur Beratung rund um das Thema Einbürgerungen anbieten. Sie findet jeweils in der Zeit von 13.30 Uhr bis 16 Uhr im Lüner Rathaus, 1. OG, Raum 102 statt. Die Sprechstunde ist Teil eines Projekts im Rahmen des europäischen Integrationsfonds und wird in Kooperation mit dem Multikulturellen Forum und den Städten Lünen, Dortmund, Hamm und Unna sowie dem Kreis Unna durchgeführt.

Sonntagskurier · 17.02.2013

1211 Menschen eingebürgert

Projekt soll die Zahlen um 30 Prozent steigern – Stadt braucht Neubürger

Von Christina Römer

1211 Menschen sind 2011 in Dortmund eingebürgert worden. Am Montag werden sie von der Stadt willkommen geheißen – mit einer Feier im Rathaus. „Wir sind zufrieden damit, dass die Zahl der Einbürgerungen in den vergangenen Jahren konstant geblieben ist", sagt OB Ullrich Sierau. Obwohl er sich wünscht, dass sich noch mehr Menschen für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden.

Um das zu erreichen ist Dortmund an einem zu Jahresbeginn gestarteten Projekt vom Multikulturellen Forum in Lünen (MkF) beteiligt. „Die Einbürgerung ermöglicht eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe", betont Kenan Kücük vom MkF. Dazu gehöre nicht nur das Wahlrecht, sondern auch, dass jeder Beruf ergriffen werden könne. „Zudem ist Deutschland zu einem Land der Auswanderer geworden und wir brauchen Einwanderung." Davon ist auch Sierau überzeugt: „Diese Stadt hat nur eine Zukunft, wenn sie beim Thema Integration vernünftig aufgestellt ist."

Das Projekt bietet Einzelberatung und Begleitung während des Einbürgerungsprozesses und Hilfe beim Test an. Das Ziel: Die Steigerung der Einbürgerungszahlen um 30 Prozent. Voraussetzung für die Einbürgerung sind: mindestens acht Jahre Aufenthalt, Sicherung des Lebensunterhaltes, Straffreiheit, Verfassungstreue, Deutschkenntnisse und die Abgabe der alten Staatsangehörigkeit – eine Voraussetzung, die das MkF kritisch sieht.

info@multikulti-forum.de

Westfälische Rundschau · 30.06.2013

Gabriel fordert doppelte Staatsbürgerschaft

SPD-Chef zu Besuch beim Multikulturellen Forum

Michael Thews und Sigmar Gabriel im Gespräch mit Kenan Küçük (v.l.).

Westfälische Rundschau · 24.07.2013

Ein Gewinn

Rund 185 000 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Dortmund. 70 000 haben keinen deutschen Pass. Manche wollen hier bleiben, manche nur eine Zeit überbrücken und dann wieder in ihre Heimat zurück gehen. Doch Dortmund braucht Menschen, die sich dafür entscheiden, hier zu bleiben. Die sich bestenfalls engagieren, im Sportverein oder sogar in der Politik. Die Steuern zahlen und für die vielen Rentner sorgen, die aufgrund des demografischen Wandels immer mehr werden und jede Hilfe brauchen können.

Völlig unverständlich ist es da, dass die Bundesregierung als Hürde für die Einbürgerung die Abgabe der alten Staatsangehörigkeit als Voraussetzung bestimmt. Das ist für viele wie ein Verrat an der alten Heimat. Nicht Verzicht, sondern Gewinn sollte im Vordergrund stehen.

Einbürgerung als Plus

Gemeinsames Projekt von Multikulturellem Forum Lünen und Kommunen soll Einbürgerungszahlen erhöhen.

In Deutschland leben Bürgerinnen aus Drittstaaten; viele von ihnen hätten das Recht, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Auch im westfälischen Ruhrgebiet, dem Aktivitätsbereich des Projekts „Integration durch Einbürgerung" sieht es nicht anders aus. „Viele scheuen den bürokratischen Aufwand, sind nicht ausreichend informiert oder tun sich emotional schwer mit der Entscheidung", fasst Kenan Küçük, Geschäftsführer des Multikulturellen Forums, zusammen.

„Wir möchten die Einbürgerungszahlen um 30 Prozent erhöhen", betont das Projektteam, bestehend aus Cemal Şaşmaz und Filiz Akgün. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sie eng mit den beteiligten Kommunen zusammenarbeiten. „Unsere Stärke ist, dass wir nah an der Zielgruppe sind. So können wir Berührungsängste abbauen und Informationsdefizite beheben", betont Küçük. Mit dem Projekt werde man zur besseren Integration in der Region beitragen, da die deutsche Staatsbürgerschaft eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermögliche. Das Projektteam ist telefonisch unter 02306 /30630-23 für alle Ratsuchenden erreichbar. Weitere Informationen zum Projekt: www.multikulti-forum.de. Zeynep Kartal

Echo der Vielfalt · Mai 2013

Impressum

Herausgeber:
Multikulturelles Forum
Münsterstr. 46b
44534 Lünen
info@multikulti-forum.de

Inhaltliches Konzept und Redaktion:
Zeynep Kartal (Öffentlichkeitsarbeit)
Cemal Şaşmaz und Evren Mittmann-Önder (Projektverantwortliche)

Grafisches Konzept und Design:
www.cegewe-concept.de

Auflage 1: November 2014

GRAFISCHES KONZEPT & DESIGN: www.cegewe-concept.de

www.multikulti-forum.de

Gefördert durch:

EUROPÄISCHER INTEGRATIONSFONDS

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Partnerkommunen des Projektes:

Stadt Dortmund

KREIS UNNA

Hamm: elephantastisch!

UNNA

Stadt Lünen